KOMMUNEN

- Kommunen sind zentrale Partner in den regionalen Netzwerken (Klinik/ Int. Leitstelle/ RD)
- Kommunen brauchen klare Aufträge und einheitliches, zielgruppen-spezifisches Material zu den Aufgaben
- Die Kommunen sind erfolgskritische Multiplikatoren und Bindeglied zur Bevölkerung
- Kliniken/ RD, amb. Strukturen und Integr. Leitstellen sind in Clustern und Netzwerken krisenfest organisieren und technisch abzusichern

GESUNDHEITSWESEN

- Resilienz des Gesundheitssystems ist das zentrale Zukunftsziel, das politisch und organisatorisch verankert werden muss
- Strategische Zielkliniken der PatientInnen müssen primär Kliniken des Schwerstverletzungsartenverfahren (SAV) der BG sein
- Erfolgskritische Rolle der Integr. Leitstellen in der zivilen Verteidigung
- Rettungsdienste (Boden/Luft) am HUB noch besser abstimmen
- Großes Potenzial der KVen/ Netz ambulanter Versorgung nutzen

ZIVILGESELLSCHAFT

- Resilienz muss Teil der gesellschaftlichen Normalität werden
- hoher Sensibilisierungsbedarf der Bevölkerung & Mitarbeitenden in den Gesundheitseinrichtungen – Wertschätzung ist erfolgskritisch
- Kommunale Selbstverwaltung verstärkt in Vorplanungen einbinden
- Bevölkerungsbezogene Kommunikation zur zivilen Verteidigung deutlich und anhaltend intensivieren
- Kenntnisse in Erster Hilfe mit Selbstschutz in der Bevölkerung stärken

Thesen EFT2025

© 2025/2026 | Claus-Enneker-Stiftung | Gmund am Tegernsee | www.enneker-stiftung.de

Ideen entwickeln. | Impulse setzen. | Zukunft gestalten.

ZIVILE VERTEIDIGUNG

Krankenhäuser | Rettungsdienste | Leitstellen

EFT2025

TEGERNSEE 07.-09.07.2025

BUND

Krisen- und Sicherheitsvorsorge ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Krisen- und Sicherheitsvorsorge ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – es braucht klar definierte, geregelte und auskömmliche Finanzierungspflichten

Nationale Sicherheitsstrategie erneuern und integrieren

Die Bundesregierung muss eine kohärente, ressortübergreifende Sicherheitsstrategie entwickeln, die zivile und militärische Aspekte integriert und klare Verantwortlichkeiten definiert

Resilienz als politische und gesellschaftliche Daueraufgabe verankern

Resilienz darf keine Ausnahme im Krisenfall bleiben – sie muss zur politischen und gesellschaftlichen Norm werden - in Planungs- und Entscheidungsprozessen mitgedacht werden

Einheitliche, gerichtete Kommunikationsarchitektur etablieren

Politik, Behörden und Einsatzkräfte benötigen eine klar geregelte, top-down gerichtete Kommunikationsstruktur vom Bund bis in die Kommune – mit einheitlichen Informationen

Hub- und Clusterstrukturen verbindlich festlegen & regelmäßig üben

Die Übergabe militärisch transportierter Patienten in die zivile Versorgung muss durch klar definierte Hub- und Clusterstrukturen organisiert und regelmäßig geübt werden

Umsetzung der Notfallreform & Gesundheitssicherstellungsgesetz

Die Politik muss das Notfallgesetz unverändert und zeitnah verabschieden, um Verantwortlichkeiten und funktionierende stationäre und ambulante Notfallversorgung sicherzustellen sowie das Gesundheitssicherstellungsgesetz schnellstmöglich realisieren

All-Gefahren-Ansatz erfolgskritisch

Sicherheitsstrategien müssen alle Risiken – von militärischen Bedrohungen bis zu Naturkatastrophen und Pandemien – einbeziehen, um Akzeptanz und Effizienz zu erhöhen

Priorisierung von Risiken zur Beschleunigung von Entscheidungen

Gefahren müssen nach Dringlichkeit priorisiert werden, um Ressourcen zielgerichtet einzusetzen und politische Entscheidungsverzögerungen zu vermeiden

Interdisziplinäre Vorbereitung und Ausbildung fördern

Politik soll alle relevanten Berufsgruppen – ärztlich und andere Fachberufe – in Krisenplanung und Fortbildung einbinden, um Funktionsfähigkeit und Resilienz des Gesundheitssystems im Ernstfall zu sichern

LÄNDER

Länder als Fundament der europäischen Sicherheitsarchitektur stärken

Die Länder bilden die Basis einer „Sicherheits-Pyramide“, auf der Bund und EU aufbauen. Nur mit starken, gut vorbereiteten Ländern kann eine gesamtstaatliche und europäische Resilienz erreicht werden

Länder sind aktive Gestalter zwischen Bund und Kommunen

Die Länder sollen bundespolitische Vorgaben aktiv weiterentwickeln, Soll-Ist-Vergleiche anstellen & eigene Schwerpunkte im Katastrophenschutz und der zivilen Verteidigung setzen

Es gilt landesspezifische Sicherheitsarchitekturen zu fördern

Jedes Land soll regionale Besonderheiten in seine Sicherheitsstrategie einbeziehen und flexible, skalierbare Maßnahmen zur erfolgreichen Gefahrenabwehr entwickeln

Aufbau vernetzter Kommunikations- und Übungsstrukturen wichtig

Gesundheitssysteme, Rettungsdienste, integrierte Leitstellen, Katastrophenschutzbehörden und Berufsorganisationen müssen auf Landesebene vernetzt und regelmäßig geübt werden

Doppelstrukturen vermeiden – Effizienz stärken

Die Länder sollen den Aufbau paralleler Strukturen aktiv verhindern, Synergien nutzen und Ressourcen gezielt dort einsetzen, wo sie im Krisenfall den größten Nutzen bringen

Jetzt die zivile Verteidigung in Krankenhausplanung integrieren

Aspekte der zivilen Verteidigung sind obligat in die Krankenhausbau- und Förderplanung zu integrieren. Bestehende Kliniken sind auf relevante Resilienz zu prüfen und zu ertüchtigen

Zeitnah Integrierte Leitstellen als KRITIS einstufen

Integrierte Leitstellen sind erfolgskritische Schaltstellen der Gefahrenabwehr und sind als kritische Infrastrukturen (KRITIS) anzuerkennen und entsprechend geschützt werden

Verantwortung für Verwundetentransport und -versorgung

Die Länder müssen eigene Strukturen und Abläufe für strategische Verwundetentransporte schaffen, Pufferkapazitäten planen und logistische Abläufe verbindlich regeln

Zielstrukturen regelmäßig üben und vernetzen

Traumazentren, SAV-Kliniken und Notaufnahmen sind regelmäßig in Übungen einzubinden. Trainings müssen gesamtes Personal umfassen, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten

THESEN EFT2025